

Klimaschutz

Uwe Nestle und Luca Brunsch (EnKliP)

In Sonntagsreden zur Flüchtlingsproblematik stellt Bundeskanzlerin Merkel gerne fest, dass die Ursachen für Flucht beseitigt werden müssten. Die aktuelle Politik beschränkt sich aber vor allem auf die „Sicherung der Grenzen“, die Einschränkung des Asylrechts und einen Deal mit der Türkei. Die Fluchtursachen werden dagegen weder politisch bekämpft noch kommen sie in der öffentlichen Diskussion in angemessener Weise vor. Eine Fluchtursache ist die Klimakrise – beim Klimaschutz aber steht die Bundesregierung seit Jahren auf der Bremse.

Mit der wachsenden globalen Durchschnittstemperatur steigen Anzahl und Stärke katastrophaler Wetterereignisse. Dazu gehören Dürren, Starkregen und Stürme. Laut Kofi Annan ist davon schon heute das Wohlergehen von Hunderten Millionen Menschen bedroht. Bei vielen Millionen sind gar die Lebensgrundlagen bedroht – vor allem in armen Staaten. Das gilt auch Menschen in Syrien. Zwischen 2006 und 2007 wurde das Land, dessen Wirtschaft zu 20 Prozent auf der Landwirtschaft beruht, von der schlimmsten Dürre seit 100 Jahren heimgesucht. Diese hat 1,5 Millionen Menschen vom Land in die Städte gedrängt. Die Klimakrise war daher ein Brandbeschleuniger für die Syrienkrise – wie auch Entwicklungsminister Müller zur Kenntnis gibt.

Klimaschutz gegen Fluchtursachen

Insgesamt werden bereits heute rund 20 Millionen Klimaflüchtlinge gezählt. Bis 2050 rechnen die Vereinten Nationen mit 250 Millionen. Mit wirksamem Klimaschutz kann diese Zahl niedriger liegen – ohne deutlich höher. Denn die Klimakrise droht nicht nur Inseln und große Landstriche unter Wasser zu setzen, beispielsweise im dichtbesiedelten und armen Bangladesch mit seinen 160 Millionen EinwohnerInnen. Dürren und der folgende Zusammenbruch der Landwirtschaft können große Bereiche Afrikas weiter destabilisieren. Stürme in ungekannter Intensität und Häufigkeit drohen die Lebensgrundlagen in vielen der großen Städte an den Küsten zu zerstören. All dies kann entweder direkt zur Flucht zwingen oder gewalttätige Konflikte mitverursachen – und so indirekt zur Flucht zwingen.

Fluchtursache Klimakrise bekämpfen – statt Energiewende ausbremsen

Auch durch Abbau und Verbrennung von Öl, Gas und Kohle – der Ursache der Klimakrise – müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen. So vernichtet die Ölförderung nicht nur in Nigeria die Lebensgrundlagen indigener Völker. Der Export fossiler Energien bildet die Machtgrundlage autokratischer und diktatorischer Regimes und terroristischer Gruppen. Militärische Eingriffe z. B. im Nahen Osten waren in der Vergangenheit stark vom Ziel motiviert, den Zugang zu Öl und Co. zu sichern. Eine rasche Energiewende macht uns von diesen unabhängig. Bei der Bekämpfung von Fluchtursachen hilft sie also doppelt: Indem sie die Klimakrise eindämmt und fossile Energie langfristig überflüssig macht.

Klimaflucht bekämpfen

Auch wenn es selbstverständlich sein sollte, Menschen in Not zu helfen: Besser ist es, sie erst gar nicht in Not zu bringen. Die „Flüchtlingskrise“ ist somit ein Grund, die Energiewende zu beschleunigen. Damit würde Deutschland seinen Beitrag leisten, die Fluchtursache Klimakrise zu begrenzen. Dafür muss die Energieeffizienz endlich deutlich erhöht werden. Das beste Mittel dafür ist der Preis. Angesichts der massiv gefallenen Erdölpreise müssen Steuern auf den CO₂-Ausstoß erhoben werden. Dies würde sowohl beim Straßenverkehr als auch bei der Wärmeversorgung den Verbrauch von Öl und Gas senken – und die Erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger machen. Deren Anteil stagniert in diesen Bereichen seit Jahren. Stattdessen sollte ihr Ausbau deutlich beschleunigt werden.

Aktuell bereitet die Bundesregierung eine Novelle des Erneuerbare-Energien-

Gesetzes (EEG) vor, das den Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen fördert. Es ist das mit Abstand erfolgreichste Klimaschutzinstrument. Mit der Novelle aber soll der Ökostromausbau gedeckelt werden. Sie soll sicherstellen, dass der Ökostromanteil bis 2025 unter keinen Umständen über 45 Prozent liegt. Das entspricht einer Halbierung des Ausbaus der letzten Jahre. Und es bedeutet im Umkehrschluss im Jahr 2025 mindestens 55 Prozent fossiler Strom, vor allem aus Kohlekraftwerken. Das aber sind Deutschlands schlimmste Klimakiller. So wird Deutschland sein Versprechen, bis 2020 40 Prozent der Klimaemissionen einzusparen, nicht halten können. Das wäre ein sehr schlechtes Zeichen an die Weltgemeinschaft und könnte die notwendige Ratifizierung und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von Ende 2015 durch die nationalen Parlamente erschweren.

Nach diesem Abkommen strebt die Weltgemeinschaft an, den Anstieg der globalen Temperatur möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Denn beim früheren 2-Grad-Ziel besteht die Gefahr, dass sich der Temperaturanstieg verselbstständigt – die Folgen wären katastrophal und dürften völlig aus dem Ruder laufen. Das 1,5-Grad-Ziel aber macht eine

deutliche Anhebung auch der deutschen Klimaschutzziele erforderlich. Im Auftrag von Greenpeace hat das New Climate Institute ermittelt, dass bei diesem Ziel der Kohleausstieg bis 2025 und die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien bis spätestens 2035 erfolgen müssen. Die Bundesregierung will dagegen nur 60 Prozent des Energieverbrauchs mit Erneuerbare Energien decken – im Jahr 2050.

Faktor Energiekosten

Die EEG-Novelle und die Deckelung des Ökostromausbaus sollen angeblich die Kostenexplosion beseitigen. Durch die massiven Preissenkungen bei der Photovoltaik sind die Kosten aber bereits um über die Hälfte gefallen. Tatsächlich soll vor allem der Ausbau bei der Windenergie an Land zusammengestrichen werden, dem Billigmacher unter den Erneuerbaren Energien. Dabei ist dieser Ökostrom nicht teurer als Strom aus neuen Kohle- oder Erdgaskraftwerken. Wollte man die Stromkunden vor hohen Kosten schützen, gäbe es bessere Wege. So könnten die immensen Privilegien der Industrie bei der EEG-Umlage zurückgefahren werden. Um gerade die bedürftigen Haushalte zu entlasten könnten die überbezahlten Grundtarife

von Stromversorgern reguliert werden. Ferner würden Zuschüsse für sparsame Haushaltsgeräte gerade bei ärmeren Haushalten Stromkosten einsparen. Die beiden letzten Punkte stehen im jüngsten Bundestagswahlprogramm der SPD. Dennoch will die Bundesregierung sie nicht umsetzen.

Als viertgrößte Industrienation spielt Deutschland beim globalen Klimaschutz eine besondere Rolle. Ob wir es wollen oder nicht: Viele Staaten schauen aufmerksam nach Deutschland. Wie läuft die deutsche Energiewende? Wie entwickeln sich die deutschen Klimagasemissionen? Nimmt Deutschland das neue Klimaabkommen ernst? Mit der Deckelung des Ökostromausbaus zeigt Deutschland, dass es an der Energiewende zweifelt und seine alten Klimaschutzzusagen nicht mehr wirklich ernst nimmt – trotz der Pariser Beschlüsse.

Wenn Frau Merkel tatsächlich die Fluchtursachen beseitigen will, muss sie u. a. die Energiewende beschleunigen – statt sie zu deckeln. Für die Energiepolitik der nächsten Wochen heißt das: Der Ökostromdeckel des EEG muss weg.



Foto: Ulf Stefan.